



FRIDAYSFORFUTURE KREMS

**FORDERUNGEN
AN DIE POLITIK**



Hitzewellen, Starkregen, Ernteausfälle - die Klimakrise ist endgültig in Österreich angekommen. Wirtschaftliche Interessen stehen aber auf der Prioritätenskala leider noch immer ganz oben und ersticken ernsthafte und zielführende Klimaschutzaktivitäten bereits im Keim. Auch die bisherigen Maßnahmen der Stadt Krems reichen bei weitem nicht aus, um das im Pariser Klimaabkommen festgesetzte 1,5°C-Ziel einzuhalten.

Der Bericht des Weltklimarates (IPCC 2018) zum Pariser Klimaabkommen besagt, dass die Treibhausgasemissionen bis 2050 Netto-Null betragen müssen, um die Erwärmung auf 1,5 °C zu beschränken. Dies ist aus wissenschaftlicher Sicht notwendig, um weitere irreversible Klimaschäden zu vermeiden und um für zukünftige Generationen einen lebenswerten Planeten zu erhalten.



Die Fridays-For-Future-Bewegung spricht aus, was Fakt ist und was Wissenschaftler*innen schon seit langem fordern. Es ist höchste Zeit zu handeln: Der Mensch hat bereits Klimaveränderungen mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 °C gestiegen, weil die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre durch menschliche Aktivitäten unnatürlich stark angestiegen ist. Aufgrund lokaler Gegebenheiten beträgt der bereits erfolgte Temperaturanstieg im Alpenraum sogar über 2 °C. Für den inneralpinen Raum werden bis zum Ende dieses Jahrhunderts Temperaturzunahmen von bis zu vier Grad vorausgesagt. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren - überall auf der Welt und ganz besonders auch in Österreich, da wir als Land mit großem Wohlstand und hohem Energieverbrauch mit gutem Beispiel vorangehen können und müssen.

Fridays-For-Future Krems fordert daher den Kremser Gemeinderat auf, dem Beispiel von mehr als 600 Orten weltweit zu folgen und den Climate Emergency (Klimanotstand) auszurufen.

Mit der Ausrufung des Climate Emergency erkennt die Stadt Krems die Klimakrise als eine ernsthafte Bedrohung unserer Zeit an und bekennt sich zum Ziel, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Die Stadt Krems erkennt weiters an, dass ohne einen umfassenden Kurswechsel, alle bisher gesetzten Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die Klimaziele zu erfüllen. Konkret bedeutet das, dass bei jedem einzelnen Beschluss der Stadt Krems die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels oberste Priorität hat und die Klimaverträglichkeit an erster Stelle steht.

Zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen setzt sich die Stadtgemeinde Krems zum Ziel, die Emissionen bis 2025 um mindestens 50% gegenüber dem Stand von 2005 zu reduzieren, um bis 2030 Netto-Null CO₂-äquivalent zu erreichen, diese Senkung sollte mindestens linear sein.

Die Stadt Krems hat mit der Ausrufung des Climate Emergency den Ernst der Lage erkannt und setzt ein starkes Signal für andere Gemeinden und Organisationen, diesen Schritt ebenfalls zu gehen. Der Climate Emergency leitet eine sofortige Kehrtwende in der städtischen Klimapolitik ein und definiert sich über die Verwirklichung der folgenden 10 Punkte.

**Diese 10 Forderungen sind der notwendige klimapolitische Rahmen,
damit Krems auch in Zukunft lebenswert ist:**

1. Die Radinfrastruktur muss verbessert werden!

Bis April 2020 muss ein Mobilitäts- und Verkehrskonzept vorliegen, in dem das Radstreckennetz zentral verankert ist und einen höheren Stellenwert hat als das Autostraßennetz. Gefahrenstellen sind im Mobilitätskonzept zu analysieren und zu beseitigen (z.B. schlechter Straßenzustand, lokale Schlüsselstellen wie Wienerbrücke, Austraße oder Bertschinger Straße etc.) Für die Verwirklichung folgender überregionaler und regionaler Ziele ist ein Zeitplan zu entwickeln:

- a. Gefahrenlose Anbindung sämtlicher Kremser Ortsteile und Nachbargemeinden (z.B. Gneixendorf, Thallern, Angern, Hollenburg mit stark wachsender Bevölkerung etc, und in Furth durch Erweiterung der Eisenbahnbrücke für Fahrradverkehr)
- b. Anbindung an den Donauradweg (z.B. Radboulevard in die Innenstadt auch für touristische Zwecke)

2. Klimafreundliche Mobilität muss für alle attraktiver werden!

Bewusstseinsbildung und die Erhöhung der Attraktivität klimafreundlicher Mobilität richtet sich an Verkehrsteilnehmer*innen jeden Alters, in Krems wohnhafte Personen ebenso wie Tourist*innen. Dafür sind folgende Maßnahmen zu setzen:

- a. Maßnahmen zur Reduktion des Zubringerverkehrs von Schüler*innen ("Elterntaxis") in Zusammenarbeit mit Schulen (z.B. Elternhaltestellen, Lotsen etc.)
- b. Leitsysteme und Beschilderungen für Radfahrende und Fußgänger*innen
- c. Ausreichende Bereitstellung moderner und zuverlässiger Sicherungssysteme zum Abstellen der Räder, ausreichende Abstellmöglichkeiten im Raum Krems

3. Der öffentliche Verkehr muss zu einem starken Partner werden!

Damit der öffentliche Verkehr zu einer attraktiven Alternative wird, sind Maßnahmen zur Tarifgestaltung, Taktung und Linienführung in Abstimmung zwischen der Stadt und den Umlandgemeinden zu treffen.

- a. Einführung eines günstigen Tickets für Krems und Umland
- b. Eröffnung einer Kremser Stadtbahn mit Fahrten in kurzen Intervallen innerhalb Krems, effiziente Planung der Busintervalle innerhalb Krems
- c. Taktung aller Nebenbahn- und Buslinien mit den Abfahrtszeiten nach Wien FJB und St. Pölten HBF
- d. Stündliche Verbindungen in die Nachbargemeinden (auch Samstag)
- e. Aktive Unterstützung der Wiederinbetriebnahme der Wachaubahn als reguläre Bahnstrecke von Krems bis Grein (Ziel: Beendigung der Abbruchsarbeiten der Donauuferbahn zwischen Emmersdorf und Grein und Wiedererrichtung einer leistungsfähigen Bahnstrecke für Personen- und Güterverkehr mit Anbindung an die Westbahnstrecke (St. Valentin))

4. Krems braucht neue verkehrsberuhigte Zonen, keine neuen Parkplätze!

Eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs bringt mehr Lebensqualität und Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen. Das Mobilitäts- und Verkehrskonzept stützt sich auf die folgenden engagierten Maßnahmen für stehenden und fließenden Verkehr und zur Verkehrsberuhigung. Allen Verkehrsteilnehmer*innen werden die gleichen Rechte eingeräumt, Investitionen werden vornehmlich in Infrastruktur zur Gleichberechtigung für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen getätigt.

- a. Einrichtung von Begegnungszonen (z.B. Wegscheid, Hoher Markt, Ringstraße: von Höhe Bahnhofplatz zum Stadtpark, Steinertor etc.)
- b. Ausweitung der Fußgängerzonen, verkehrsberuhigten und geschwindigkeitsberuhigten Zonen (z.B. Tempo-30-Zonen etc.)
- c. Abstimmung zwischen Parkplätzen und Grünräumen in der Innenstadt (z.B. keine neuen Parkplätze,

- Grünmarktkonzept für den Pfarrplatz, Reduktion der Parkflächen am Dominikanerplatz/Körnermarkt um die Hälfte, Begrünung der so frei gewordenen Flächen zur CO₂-Senkung)
- d. Aktive Parkplatzpolitik und Nutzung bestehender Parkräume (z.B. Bewerbung der Garage in der Bahnstraße als zentralen Parkplatz für die Innenstadt)
 - e. Mobilitätskonzept für größere Wohnbauvorhaben ab 8 Wohneinheiten (z.B. Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, max. 1 Parkplatz pro Wohneinheit, Radinfrastruktur inkl. kostenlose Bereitstellung eines E-Lastenrads/10WE(Gräzelrad))
 - f. Verkehrserregerabgabe: "Parkplatzabgabe": 1 Euro pro Tag pro Parkplatz

5. Alle öffentlichen Grünräume müssen nach ökologischen Kriterien bewirtschaftet werden!

Öffentliche Grünräume wie Plätze, Erholungsräume, Baum- und Strauchreihen sind klimafreundlich und in ihrem Bestand zu erhalten und pflegen. Eine ökologische Bewirtschaftung nach wissenschaftlichen Kriterien erhöht ihren Wert. Dafür sind folgende Maßnahmen zu setzen:

- a. Pflanzung neuer Bäume, insbesondere auf allen öffentlichen Plätzen, wie Südtiroler Platz, Körnermarkt, Pfarrplatz, Dreifaltigkeitsplatz zur Abkühlung der Plätze und Schaffung neuen Lebensraumes für Menschen und Tiere
- b. Baumfällungen nur im Gefahrenfall und Nachpflanzungen immer in einem Umkreis von 300m und raschestmöglich
- c. Aufrechterhaltung der Pestizidvermeidung im öffentlichen Raum, Einsatz schonenderer Mittel zur Unkrautbekämpfung
- d. Schutz der Grünräume durch Vermeidung der Umwidmungen aufgrund von wirtschaftlichen Interessen

6. Die Artenvielfalt muss erhalten werden!

Nach dem IPBES Bericht ist jede achte Art vom Aussterben bedroht. Öffentliche Flächen spielen eine wichtige Rolle für die Erhaltung der Artenvielfalt und nutzen dem Klima. Zur Verbesserung der Artenvielfalt durch städtische, gärtnerische Betreuung sind folgende Maßnahmen notwendig:

- a. Setzung von biodiversitätsfördernden heimischen Pflanzen und Förderung der Insektenvielfalt im städtischen Raum (z.B. Bienenweide, Hochstaudenflur, Büsche und Bäume, Blumenwiesenmischungen/Blühstreifen, Insektenhotels, Erhalt alter Obstsorten)
- b. Minimieren der Mäharbeiten bzw. tierschonende und zum richtigen Zeitpunkt durchgeführte Mahd (z.B. an den Dämmen von Kremsfluss und Donau)
- c. Stopp der zunehmenden Bodenversiegelung (z.B. Erhebung des Versiegelungsanteils von privaten Baugrundstücken, Anlastung der Beseitigung von nichtversickertem Regenwasser, Schaffung von Ausgleichsflächen im öffentlichen Bereich: für jede neu versiegelte Fläche muss eine genauso große nicht versiegelte Fläche (ehemals versiegelte Fläche) geschaffen werden)

7. Energieeffizientes Sanieren und Bauen muss zum Standard werden!

Wohnen und im Besonderen Heizen hat große Auswirkungen auf die Klimakrise. Da die technischen Voraussetzungen, energieeffizient zu bauen und zu klimatisieren gegeben sind, hat der Wohnbereich großes Potential zur Energieeinsparung. Dazu sind die folgenden Punkte notwendig:

- a. Baustopp und neue Überprüfung von Bauvorhaben auf Umweltstandards (insbesondere Klimawirksamkeit und Bodenversiegelung)
- b. Für jedes neu erbaute Haus muss, um das Straßenklima zu verbessern, mindestens ein Baum straßenseitig gepflanzt werden.
- c. Ausarbeitung neuer Bauvorschriften: verpflichtende Begrünung von Flachdächern, Einbindung von erneuerbaren Energien (Solarenergie etc.) in die Bauvorschrift, Einbau von umweltfreundlichen Heiz- und Kühlsystemen und energieeffiziente Sanierung der Gebäude

8. Erneuerbare Energien müssen gefördert werden!

Zur Zeit werden in etwa 80% der Energie aus fossilen Energieträgern gewonnen. Zur Eindämmung der Emissionen und der damit verbunden Klimakrise muss vermehrt Strom als Energiequelle genutzt werden, welcher aus erneuerbaren Energieformen kommt. In Krems ist dies durch folgende Punkte zu realisieren:

- a. Solarkataster: flächendeckende Auswertung der Möglichkeiten von Solarenergie auf Dächern in der Stadt Krems
- b. Darauf basierend: verpflichtende Montage (+Förderung) von Solarenergie auf geeigneten Dächern (und Einbindung in die Bauvorschrift, siehe Punkt 7c)
- c. Ausbau der Solarenergie auf öffentlichen Flächen und Gebäuden um 20% pro Jahr
- d. Weitere erneuerbare Stromquellen sollen je nach Potenzial am Standort ausgebaut werden.
- e. Effizientes Einsetzen der Ressourcen: intelligente LED-Beleuchtung im Straßenverkehr, Monitoring und Auswertung des Energieverbrauchs öffentlicher Gebäude und darauf basierende Sanierung

9. Lokale, biologische nachhaltige Wirtschaft und lokale Bauernmärkte müssen gestärkt werden!

Transport verursacht einen großen Teil des CO₂-Ausstoßes, der zum Bereich der Mobilität gezählt wird. Dieser kann durch einfache Maßnahmen gesenkt werden, wodurch auch gleichzeitig die heimische Wirtschaft gestärkt wird:

- a. Ausbau des Marktes in Größe (Pfarrplatz bis Dreifaltigkeitsplatz) und Frequenz (3 mal wöchentlich) mit zuständigen Beamten, die die Besetzung der Marktstände regeln, von der Stadt zur Verfügung gestellte Marktstände.
- b. Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die dazu beitragen, die Klimaziele zu erreichen
- c. Leerstandsabgabe in der Altstadt zur Attraktivierung der Altstadt.

10. Transparenz und Reporting

Die Kremser Bevölkerung wird in jeder Ausgabe des Stadtjournals über die gesetzten Maßnahmen und Fortschritte informiert. Dafür ist jeweils eine halbe Seite für einen Bericht über die Arbeit an den Forderungen, die innerhalb des Zeitraums von der letzten Ausgabe zur jetzigen Ausgabe des Stadtjournals gesetzt wurden, fix vorgesehen.